

Übertritt Primarschule in die Sekundarschule

Standortbestimmung. Bereits zum dritten Mal traten im Sommer Schülerinnen und Schüler mit dem Empfehlungsverfahren von der Primarschule in die Sekundarschule über. Die Verbände und das Volksschulamt haben eine Standortbestimmung vorgenommen.

Den Kern des Verfahrens bildet die Empfehlung der Primarlehrpersonen, welche die Schülerinnen und Schüler im Übertritt begleiten. Das Verfahren führt die Lehrperson, die Eltern wie auch die Schülerinnen und Schüler sind im ganzen Prozess einbezogen.

Standortbestimmung zum Verfahren

Das Verfahren als Ganzes wie auch wichtige Teile davon haben die beteiligten Verbände zusammen mit dem Volksschulamt vertieft analysiert. Dazu wurde bei den Lehrpersonen und bei den Schulleitungen eine Umfrage durchgeführt. Im Allgemeinen findet eine Mehrheit der Befragten das Empfehlungsverfahren zeitgemäss und fairer, verglichen mit dem vorgängigen Prüfungsverfahren.

Das Verfahren greift

Die Lehrpersonen und Schulleitungen sind direkt am Verfahren beteiligt. Für sie sind die Grundsätze, die Zuständigkeiten und die Instrumente klar, sie werden mit der Erfahrung noch klarer. Das Ergebnis der Standortbestimmung: Das Empfehlungsverfahren bewährt sich. Es gibt jedoch in der Umsetzung einige Schärfungen.

Justierungen

Wie bei vielen neuen Verfahren wird es auch beim Empfehlungsverfahren Justierungen in der Umsetzung geben. Es geht dabei um kommunikative Ausführungen, wie die verschiedenen Elemente im Schulalltag ineinandergreifen, wo es Spielraum gibt und wie die Instrumente im Sinne der förderorientierten Laufbahn eingesetzt werden. Zudem wird angestrebt, die eingesetzten Instrumente zu präzisieren und zu verdichten.

Kontrollprüfung führt selten zu Umteilung

Als wichtiges «Ventil» bei Uneinigkeit im Empfehlungsverfahren gibt es das Element der kantonalen Kontrollprüfung. Die Resultate von mittlerweile drei Kontrollprüfungen zeigen, dass die Einschätzungen der Lehrpersonen grösstenteils zutreffend sind. Umteilungen bilden die Ausnahme: In den drei Jahren der Kontrollprüfung wurde zu 95 Prozent den Empfehlungen der Lehrperson gefolgt. Die Lehrpersonen erachten die Kontrollprüfung als entlastend, die Organisation hat sich etabliert. Die Kontrollprüfung wird weiterhin vom Volksschulamt organisiert.

Planungsgrössen sind Ideale

Die Planungsgrössen der Sekundarschule geben die idealen Ausprägungen der verschiedenen Anforderungsniveaus wider. Sie sind und bleiben wichtig für die Ausrichtung der Sekundarschule. Die Beteiligten wissen um diese Planungsgrössen, es sind aber ideale Grössen. Die Empfehlungen sind daran auszurichten. Die Tabelle zeigt auf, wie sich die Zuteilungen auf die Anforderungsniveaus in den letzten Jahren verteilt haben.

Durchschnitt der Übertritte 2011 bis 2020

Jahr	Sek B	Sek E	Sek P
2011/12	33,2 %	41,9 %	24,9 %
2012/13	33,5 %	43,2 %	23,4 %
2013/14	38,5 %	40,4 %	21,1 %
2014/15	38,0 %	38,8 %	23,2 %
2015/16	38,5 %	39,1 %	22,4 %
2016/17	38,0 %	38,7 %	23,3 %
2017/18	32,7 %	41,1 %	26,1 %
2018/19	36,3 %	39,3 %	24,5 %
2019/20	34,7 %	40,8 %	24,5 %
Ø	35,9 %	40,3 %	23,7 %
Planungsgrössen (§20 BGS 413.412)	30–40%	40–50%	15–20%

Fazit der Standortbestimmung

Die Beteiligten der Standortbestimmung ziehen folgendes Fazit:

→ Volksschulamt: Die Standortbestimmung hat gezeigt, dass das Solothurner Empfehlungsverfahren die Ziele grundsätzlich erreicht. Damit der professionelle Ermessensspielraum weiterhin greift, muss das Zusammenspiel der verschiedenen Elemente thematisiert werden.

→ LSO: Eine Umfrage unter Lehrpersonen der 6. Klasse hat ergeben, dass die Lehrpersonen das Empfehlungsverfahren grossmehrheitlich befürworten. Sie schätzen vor allem den Wegfall der Prüfung und die Abnahme des Prüfungsdrucks für die Schülerinnen und Schüler. Zudem wird das ganze System als kindgerechter empfunden.

→ VSL SO: Aus der Sicht des Schulleitungsverbandes ist das Verfahren des Übertritts auf einem guten Weg. Die Entwicklung des Übertrittsverfahrens, wie auch die Entwicklung im Bereich der Beurteilung grundsätzlich, wird für die Schulen in den kommenden Jahren sicher eine Herausforderung darstellen.

Ausblick

Der Verband der Schulleiter und Schulleiterinnen Solothurn und der Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn sowie das Volksschulamt werden weiterhin regelmässig das Empfehlungsverfahren analysieren und weiterentwickeln. In naher Zukunft sollen die Instrumente und Prozesse in ihrem Zusammenspiel für die Beteiligten effizienter nutzbar werden.

Volksschulamt, Lehrerinnen und Lehrer Solothurn, Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Solothurn

Deutschförderung vor dem Kindergarten

Frühförderung. Bringen Kinder bei Schuleintritt Kompetenzen in der Unterrichtssprache mit, trägt dies wesentlich zur Chancengleichheit bei. Im Kanton Solothurn neigt sich das Projekt zur frühen Deutschförderung dem Ende zu, der Blick auf die Zukunft wird möglich.

Grundlage für Entwicklung

Zwischenmenschliche Beziehungen basieren auf Kommunikation. Sprache unterstützt den Ausdruck und Austausch von Gefühlen, Beobachtungen und Erfahrungen. Sie unterstützt das Denken und Handeln, wie auch im Praxisbuch zur Sprachförderung in Spielgruppen und Kindertageseinrichtungen betont wird: «Sprache fördern heisst, das Kind in seiner Entwicklung und Bildung zu unterstützen» (Nashörner haben ein Horn, Kannengieser Simone et al. Klett und Kallmeyer 2013). Breite Kenntnisse der Erstsprache dienen als Grundlage für das Erlernen weiterer Sprachen. Wenn ein Kind von Geburt an zwei Sprachen lernt, spricht man von zwei Erstsprachen. Zwei- und Mehrsprachigkeit stellt für die meisten Kinder kein Problem dar, sondern eine Ressource – solange die Sprachen als akzeptiert gelten und die Kinder Gelegenheit haben, diese rezeptiv und produktiv zu nutzen.

Warum Sprachförderung vor dem Kindergarten?

Die meisten Kinder lernen ohne zusätzliche Förderangebote sprechen. Bereits mit vier Monaten reagieren Babys auf den Wortklang des eigenen Namens, mit acht Monaten können sie ein Wort und eine Sache verbinden. Zwischen zwei und vier Jahren entwickeln sich die Sprachfähigkeiten mit grosser Geschwindigkeit. Viele Kinder verfügen über gute Kompetenzen in ihrer Erstsprache, begegnen jedoch einer grossen Hürde, wenn sie erst im Kindergarten mit der Unterrichtssprache Deutsch in Berührung kommen. Damit Kinder nicht bereits zu Beginn ihrer Bildungslaufbahn in Rückstand geraten, setzt die vorschulische Förderung ein. Die Förderung der deutschen Sprache vor dem Kindergarten nützt das weit geöffnete Entwicklungsfenster für Sprachentwicklung.

Von Beginn an mitmachen können

Im Kindergarten gibt es in einer anregenden Umgebung viele Lernangebote. Dank vorschulischer Förderung können sich die Kinder vom ersten Tag an auf andere Lernprozesse einlassen, sich in das Gruppengeschehen einfügen und miteinander kommunizieren. Die Feinheiten der Sprache erwerben sie im Laufe der Zeit, der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache bleibt wesentlich.

Spielgruppen im Fokus

Kinder lernen Sprache, indem sie in kommunikativen Situationen etwas tun, beim Spielen, Backen, Draussensein. Das Sprachenlernen steht für sie nicht im Zentrum, sondern die Kommunikation, um gemeinsam etwas zu erreichen. Spielgruppen eignen sich in besonderer Weise

dafür, mit Kindern beim Spielen zu kommunizieren und sie gezielt in ihrer Entwicklung zu fördern.

Projektabschluss

Die Solothurner Regierung hat 2016 beschlossen, mittels einer Projektgruppe zu klären, «ob und wie eine Deutschförderung vor dem Kindergarten (...) ausgestaltet werden kann» (RRB Nr. 2016/1706 vom 27. September 2016). In den beiden Schuljahren 2017/18 und 2018/19 wurde in vier Pilotgemeinden das von der Projektgruppe entwickelte Modell der Sprachförderung in Spielgruppen umgesetzt und danach ausgewertet. Der Abschlussbericht und die Ergebnisse werden im November 2020 erwartet.

Volksschulamt



Deutschförderung vor dem Kindergarten hilft Kindern, damit sie nicht bereits zu Beginn ihrer Bildungslaufbahn in Rückstand geraten. Foto: VSA.

Einblick: Kantonalisierung Heilpädagogische Schulzentren

Zusammenwachsen. Die Heilpädagogischen Schulzentren befinden sich im siebten Jahr nach der Kantonalisierung. Ein Rück- und Ausblick.

Im Januar 2014 war der erste Betriebstag der Heilpädagogischen Schulzentren mit kantonomer Trägerschaft. Gleichzeitig nahm die vierköpfige Abteilung Heilpädagogische Schulzentren ihre Arbeit auf.

Fünf Schulstandorte – ein Netz

Das erste grosse Vorhaben war, ein eigenes Informatik-Netzwerk zu schaffen, das die Datenablage und Zugänge zu Lernsoftware garantierte. Es ermöglichte, allen Mitarbeitenden eine E-Mail-Adresse zuzuweisen, die auf «-@hpsz.ch» endete. Damit entstand eine erste Form von Identität. Bis heute bildet die gemeinsame Informatik das Rückgrat der Heilpädagogischen Schulzentren.

Gemeinsamkeiten finden

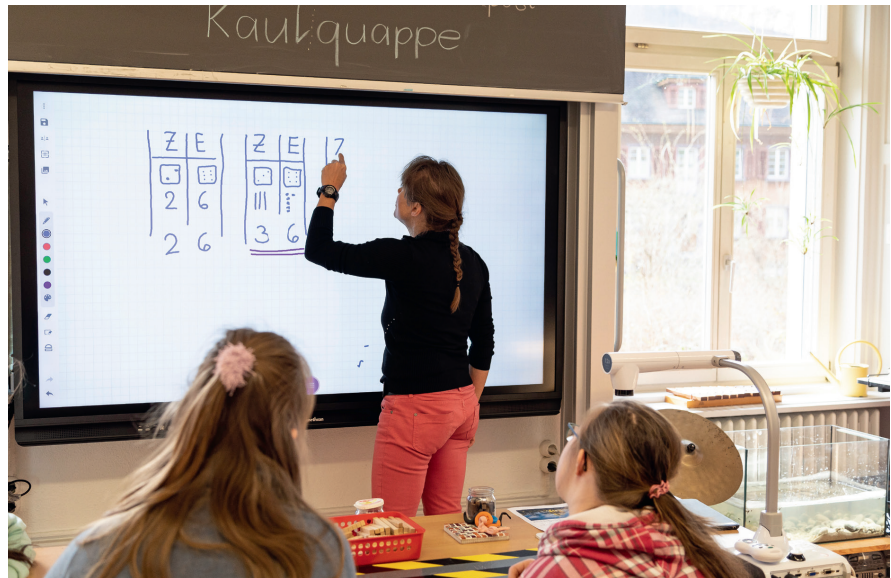
Später lag das Augenmerk darauf, schnelle Resultate mit überschaubarem Aufwand zu schaffen. Wie kann es fünf weit auseinanderliegenden Schulen mit unterschiedlichen Grössen und Kulturen gelingen, thematisch zusammenzuwachsen? Der Weg war das Thema der unterstützten Kommunikation. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, die standortübergreifend mit den Lehrpersonen erste Gespräche führte und gemeinsame Minimalstandards erarbeitete. So gelang es, die Reorganisation auf die operative Ebene zu verlegen.

Gemeinsame Haltungen

2018 entstand ein Leitbild, das gemeinsame Haltungen verankerte. Seither basiert die Arbeit an allen Standorten auf sechs Grundsätzen, die von je drei bis acht Leitsätzen begleitet werden. Jedes Jahr legt die Leitung der Heilpädagogischen Schulzentren zu den Leitsätzen Ziele fest und kommuniziert diese den Mitarbeitenden. So werden diese zu interessierten Beteiligten am grossen Ganzen.

Zunehmende Begleitung ausserhalb

Ende Juli 2015 begleiteten Mitarbeitende der Heilpädagogischen Schulzentren kan-



Fachliche und organisatorische Fragen von integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) beschäftigen die Heilpädagogischen Schulzentren. Foto: VSA.

tonsweit 56 Schülerinnen und Schüler im Rahmen von integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM). Diese Zahl hat sich bis Ende Schuljahr 2019/20 auf 243 mehr als vervierfacht. Dieses Wachstum und die damit zusammenhängenden organisatorischen und finanziellen Fragestellungen sind bis heute die grösste Herausforderung. Aktuell begleiten mehr als 190 Mitarbeitende rund 240 Kinder ausserhalb der Schulhäuser. Diese Mitarbeitenden, die sich quasi im Aussendienst befinden, zu führen, zu unterstützen und zu informieren ist eine grosse Aufgabe.

Künftige Themen

Nicht nur die Belange der integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) generieren neue Fragestellungen, sondern alle Mitarbeitenden sind derzeit mit neuen Themen konfrontiert. Da gilt es zum einen Fragen rund um Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) anzugehen und ständig neues Know-how für eine Vielzahl von sehr individuellen ASS-Ausprägungen zu erlangen.

Ein zweites Beispiel ist die informatische Bildung. Hier wirken die Heilpädagogischen Schulzentren als Profilschulen informatische Bildung mit, womit ihnen eine Pionierrolle zukommt. Die Zeit des

Fernunterrichts verdeutlichte zudem, wie viel Fachwissen in diesem Bereich bereits vorhanden ist und gewinnbringend eingebracht werden kann.

Drittens sind die Arbeiten mit dem Lehrplan zu nennen. Die Sonderschulen arbeiteten bislang ohne vorgegebenen Lehrplan. Nun gilt es, für die Umsetzung des Lehrplans 21 gemeinsame Instrumente zu entwickeln. Dies führt dazu, dass sowohl standortinterne als auch persönliche Haltungen hinterfragt werden müssen. Ziel ist es, die für die besondere Schulform adäquate Umsetzungsform zu entwickeln und ab Schuljahr 2021/22 in den Alltag einzubetten.

Ein Erfolgsmodell

Ein gemeinsames Dach für die fünf Standorte zu schaffen, ist im Rückblick gut gelungen. Gemeinsame Haltungen und zusammen bearbeitete Fragestellungen haben bei allen zur Erkenntnis geführt, dass gemeinsam vieles besser gelingt. Dennoch ist die Führung einer grossen Organisation mit unterschiedlichen Schulhauskulturen eine Herausforderung. Daran gilt es weiterzuarbeiten, um sich auch künftig an der gewonnenen Ernte zu erfreuen.

Volksschulamt